

Der Enzthäler.

Anzeiger und Unterhaltungsblatt für das Enzthal und dessen Umgegend.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

48. Jahrgang.

Nr. 29.

Neuenbürg, Donnerstag den 20. Februar

1890.

Erscheint Dienstag, Donnerstag, Samstag & Sonntag — Preis in Neuenbürg vierteljährlich 1 M 10 S, monatlich 40 S; durch die Post bezogen im Bezirk vierteljährlich 1 M 25 S, monatlich 45 S, auswärts vierteljährlich 1 M 45 S — Insertionspreis die Zeile oder deren Raum 10 S.

Amthliches.

Revier Herrenalb. Stammholz-, Stangen- und Brennholz-Verkauf.

Am Samstag den 1. März
vormittags 10 Uhr

werden aus dem Staatswald Abt. Brandplatten und Gidesweg der Gut Rothensol, Unteres Kleintloß, Großloß, Unt. Sommerhalde und Zellwerk der Gut Dobel:

1289 Nadelholzstämme mit 12 Fm. Langholz I. Kl., 106 dto. II., 203 dto. III., 243 dto. IV. Kl.; 31 Fm. Sägholz I. Kl., 44 dto. II., 48 dto. III. Kl., sowie 595 St. Langholz V. Kl. mit 87 Fm., 108 St. Grubenhölzer mit 4 Fm.; 30 Eichen mit 19,41 Fm. III. u. IV. Kl., 4 Buchen mit 1,71 Fm. I. u. II. Kl., 1 Birke mit 0,16 Fm.; ferner 535 Nadelholz-Deerbstangen und 250 dto. Reisstangen; weiter 14 Nm. Buchen-Scheiter, 2 dto. Prügel, 29 Nm. Nadelholz-Scheiter, 5 dto. Prügel; 42 Nm. Eichen-, 121 Nm. übriges Laubholz- und 414 Nm. Nadelholz-Anbruch verkauft.

Zusammenkunft auf dem Rathaus in Dobel.

Revier Enzklösterle.

Stamm- und Brennholz-Verkauf.

Am Montag den 3. März
vormittags 10 Uhr

auf der Kälbermühle aus den Staatswaldungen II. Schöngorn Abt. 2 und 4 und VII. Kälberwald Abt. 11:

506 St. Nadelholz - Langholz I.-V. Kl. mit 843 Fm.,
108 St. Nadelholz-Sägholz I.-III. Kl. mit 98 Fm.,
12 Nm. Buchen-Ausschuß, 8 Nm. Nadelholz-Scheiter, 161 Nm. dto. Anbruch, 21 Nm. Buchene und 111 Nm. Nadelholz-Reisprügel.

Revier Hofstett.

Brennholz-Verkauf.

Am Montag den 24. Februar
mittags 11 Uhr

im Lamm zu Aigenbach aus den Kahl-schlägen Frohnwald 32 Teufelsmühle und 54 Rehkopf:

zusammen 37 Nm. Nadelholz-Scheiter, 113 dto. Prügel und 75 dto. Anbruchholz.

Revier Calmbach.

Die Zimmer- u. Schmiedarbeiten,

welche im Jahr 1890 aus der Reparatur der Flohanstalten der Reviere Calmbach, Hofstett, Schwann und Wildbad erwachsen werden am
Dienstag den 25. d. Mts.
morgens 11 1/2 Uhr
auf der Revieramtskanzlei in Calmbach in Accord gegeben.

Obernietelsbach.

Stamm- und Brennholz-Verkauf.

Am Montag den 24. d. Mts.
(Matthias Feiertag)

kommen aus unserem Gemeindewald zum Verkauf:

22 St. Forchen-Säg- und Bauholz,
3 " Wagner-Eichen,
27 " Birkenstangen,
71 Nm. Buchen- u. Eichen-Brennholz,
34 " Forchen-Scheiter und Prügelholz.

Der Verkauf des Langholzes findet um 11 Uhr auf dem Rathaus statt und der des Brennholzes von 12 Uhr an auf dem Platz, wozu Käufer eingeladen sind.

Schultheiß Roth.

Privatnachrichten.

Neuenbürg.

8 Festmeter ganz trockenes

Buchenholz

(nicht aufbereitet) verkauft

die Sensenfabrik.

Neuenbürg.

Eine Poliseuse,

die auch mattbürsten kann,

Zwei jüngere Kettenmacher hauptsächlich auf Panzer gut eingeschafft.

Zwei jüngere Bijoutiers auf Kettenbeschläge eingeübt.

Ein Commissionair, der schmelzen, walzen und drahtziehen kann (einer der auch Double machen kann wird bevorzugt).

2-3 Lehrlinge u. Lehrlingmädchen werden gesucht

G. Koel.

Neuenbürg.

Einige Wagen Dung

hat zu verkaufen

G. Gaifer, Bäcker.

Neuenbürg.

Salmiak-Weißwasch-Seife

gegen das Einlaufen und Filzen der Wäsche sowie zum Entfernen jeglicher Flecken empfiehlt

G. Mahler Wtw.

Neuenbürg.

Heute Donnerstag



Nebelsuppe

nebst

ff. Bockbier

wozu freundlichst einladet

Aug. Eßig, Bierbrauer.

Neuenbürg.

Stockfische,

frisch gewässerte, schön weiß, empfiehlt

G. Mahler Wtw.

Neht arabische

Gummikugeln,

altbewährtes Heil- und Linderungsmittel gegen Husten, Halskatarrh, Heiserkeit, Brustschmerzen etc. von

W. Eichhorn & Cie.,
Ludwigsburg

sind in 1/2 Schachtel à 35 S,
1/3 " " " à 20 S

nur ächt zu haben in Neuenbürg bei G. Bügenstein, G. Lustnauer, Chr. Boger in Calmbach.

Von Ernst. Autoritäten bestens empfohlen!

empfehlen ihre durch natürliche Gährung hergestellten
Schaumweine.
Generaldepôt
für Württemberg und
Hohenzollern:
Joh. Conr. Reihlen
in Stuttgart.
Paris 1889: Diplôme d'honneur.



Neuenbürg.

Wahl-Versammlung.

Heute Mittwoch abends 7 Uhr
im Gasthof zum „Bären.“

Besprechung des Programms der nationalen Parteien.

Das Wahlkomite für v. Gültlingen.

W. u. b. a. b.

Pferde-Verkauf.

Ein Paar entbehrlich gewordene Zug-
pferde, für deren Güte garantiert wird
verkauft die Bauunternehmer

Holl u. Schill.

Formulare

zu

Kassenberichten

(neue Auflage)

empfehlen den Gemeindepflegern

Jak. Mech.

Eingesendetes zur Reichstagswahl.

Es wird zu Wahlagitationszwecken unter den Arbeitern geflissentlich die Meinung verbreitet, daß der größere Teil derselben von den Wohlthaten des Invalidentät- und Altersversicherungs-Gesetzes ausgeschlossen sei, weil er das 70. Lebensjahr nicht erreichen werde.

Dies ist total falsch.

Allerdings ist die Gewährung der Altersrente von der Zurücklegung des 70. Lebensjahr abhängig, aber dabei ist zu bedenken, daß diese Renten nur für Erwerbsfähige bestimmt ist, also für Personen, welche trotz des höheren Alters noch arbeitsfähig sind. Ist ein Arbeiter erwerbsunfähig, d. h. verdient er nur noch etwa $\frac{1}{2}$ seines bisherigen Arbeitsverdienstes, so bekommt er Invalidentrente und diese kann er schon nach 5 Beitragsjahren, also im 21. Lebensjahre erhalten.

Die Uebergangsbestimmungen sind in höchst liberaler Weise getroffen, eine Anzahl Arbeiter — etwa 70 000 — kommt sofort bei Inkrafttreten des Gesetzes in den Genuß der Altersrente, ohne auch nur einen Pfennig bezahlt zu haben. Die Altersrente steigt bis zum Betrag von 191 M., die Invalidentrente bis zu 476 M.

Der jährliche Reichszuschuß erhöht sich bis zu 88 $\frac{1}{4}$ Millionen Mark. Ist das ein „Einsengericht“ oder ein „Bettelgeld“, wie von den Volksaufwieglern behauptet wird?

Jeder nur halbwegs zufriedene Arbeiter wird doch sagen müssen, daß hier geschehen ist, was geschehen konnte.

Der nächste Reichstag wird sich mit der Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches, welches für ganz Deutschland ein einheitliches Recht schaffen soll zu befassen haben.

Bei uns Württembergern handelt es sich dabei um die hochwichtige Frage, ob uns unsere bewährten Einrichtungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit (Notariatswesen, Kaufs-, Pfand- und Güterbuchswesen) bleiben oder ob diese Geschäfte, wie teilweise in andern Staaten mit weniger entwickelter Gemeindeverfassung, an die Gerichte übergehen sollen.

Der Württembergischen Regierung in Uebereinstimmung mit den Abgeordneten ist es gelungen, in dem Entwurf eine Bestimmung durchzusetzen, wonach es auch künftig möglich ist, die bisherigen billigen und beliebten Einrichtungen beizubehalten.

Nun kommt die Kammer der württembergischen Rechtsanwälte in Stuttgart und spricht sich einstimmig für die Uebertragung des Teilungs- und Vormundschafts-Wesens, des Pfand- und Güterbuchswesens auf das Gericht aus.

Auf der einen Seite Regierung und Volk, auf der andern die Advokaten! Wo bleiben denn die Führer der Volkspartei, die sich sonst immer als Verteidiger der Volksrechte brüsten?

Wissen sie denn nicht, daß die Prozesse in Erbschaftsangelegenheiten sich bedeutend vermehren, wenn die Teilungsgeschäfte durch Beamte gefertigt werden müssen, welche mit den Familien- und sonstigen Verhältnissen der Leute nicht mehr so genau vertraut sind, wie die Notare und Waisenrichter?

Der einflussreichste demokratische Bayer erklärt in seiner Reutlinger Wahlrede ausdrücklich, daß es ihn freue, wenn einmal Hand an dieses veraltete Institut gelegt werde. Also, wenn es ihnen gerade paßt, können die Herren auch Volksrechte aufgeben.

Wähler, wenn Ihr nicht wegen eines jeden Pfandscheins, Kaufs u. s. w. zum Gericht laufen und hohe Gebühren und Auslagen haben wollt, auch nicht dafür seid, daß neue Registratur-Gebäude zum Aufbewahren des riesigen Aktenmaterials gebaut werden müssen, so gebet Eure Stimme nur einem Mann, der für die Beibehaltung unserer vorzüglichen Einrichtungen der freiwilligen Gerichtsbarkeit manhaft eintritt und das ist der

Landgerichtsrat Freiherr v. Gültlingen.

An die Wähler des Arbeiterstandes.

Wie ist an allen Orten
Der Wahlkampf doch entbrannt,
Im Süden, wie im Norden,
Im ganzen deutschen Land;
Entscheiden soll sich's morgen
Wer für des Volkes Wohl,
Des Vaterlandes, sorgen
Im künft'gen Reichstag soll.

Erwägt drum Kameraden,
Vom Proletarier-Stand,*)
Ernst, welchen Kandidaten
Euertraum Ihr zugewandt.
Glaubt nicht dem Volksverheer
Und was er Euch verspricht,
Schon oft hat solch ein Schwäger
Groß Unheil angericht.

Sie sind es, die begeistern
Das Christentum, mit Hohn,
Zu stürzen sich beeifern,
Brutal Altar und Thron;
Die höhnen stets und schelten,
Auf die mit Stolz wir seh'n,
Die uns're greifen Helden
Und großen Männer schmä'h'n.

Soll denn durch sie verloren,
Das Reich uns wieder geh'n,
Das junge, das geboren
Ward, unter tausend Weh'n.
Der Söhne denkt, der Brüder,
Der Helden namenlos,
Die dort gebettet liegen
In fremder Erde Schoß.

Und weiter laßt Euch mahnen,
An Deutschlands tiefste Schmach,
Als es zur Zeit der Ahnen
Totmatt im Staube lag;
Wie war an allen Orten
Groß Elend doch zu schauen,
Als raubend Frankreichs Horden
Durchzogen uns're Gauen.

Herklüftet und zerrüttet,
War unsrer Vaterland,
Doch wieder neu gestiftet,
Es aus dem Schutt erstand.
Wie aus der Asch' verjünget
Der Phönix geht hervor,
So wieder neu beschwinget
Stieg Deutschlands Kar empor.

Die wir's uns des geeinten
Des neuen Reiches freu'n,
Und rühmen können heute
Ein deutscher Mann zu sein:
Wir wollen treu bewahren,
Was einst mit Opfermut,
Dort Deutschlands Heldenchaaren
Erlämpft, mit ihrem Blut.

Nun, deutscher Wähler, merke,
Beim Hader der Partei'n
Kann nicht des Reiches Stärke
Des Volkes Wohl gedeih'n.
Auch gilt es nicht zu scherzen,
Tief ernst ist diese Wahl,
Wem Deutschlands Wohl am Herzen,
Der wähle **national**.

Ein Arbeiter.

*) Arbeiterstand.

+ Obernhäusen, 16. Febr. Gestern
abend trafen einige Herrn vom Frhr.
v. Gültling'schen Wahlkomite von
Neuenbürg aus hier ein, um vor einer
Versammlung im Gasthaus zur Sonne
zu sprechen. Die Anschauungen und Be-
strebungen der nationalen Partei und die-
jenigen der demokratischen Partei wurden
eingehend und sachlich besprochen, besonders
aber in scharfe Vergleichung zu einander
gestellt. Die Versammlung, welche den
Ausführungen mit gespannter Aufmerk-
samkeit folgte, kam dabei in lebhaft
patriotische Stimmung und gab derselben
nach den Ansprachen durch den Gesang
einiger Vaterlandslieder schönen Ausdruck.

Köpfen
der es
sondern
Zoll bill

geschoben
bis diese

bei einem
Arbeiter
artiges
und ab

demokr
Bauer
ringer

Vorbild,

in Stutt
Teilun
für da
und Er

welcher
hört, w

und wä

[Ei
Zeitung
Auschu
erwähnt
des Her
bundes,

„jeder
„dies
„Ein
„stim
„hab
„zu
„das
„zu
„erfü
„der
„Ber
„beff

Ne
16. Febr
besuchte
lingen's
die Orte
Ottensh
reicher
Ziele
die Sch
Sozial
unterzo
Fragen
Kranke
unter
an der

+
d. Wirt
Gastho
besuchte



Die Brotverfeuerung.

Nach einem von dem **Calwer Volksverein** ausgegebenen Flugblatt soll der Brotaufschlag eine Familie von sechs Köpfen jährlich mit 56 1/2 Mark (??) belasten, daran sollen Regierung und Reichstag schuldig sein, während Jedermann, der es wissen will, weiß, daß der Brotaufschlag eingetreten ist, weil im vorigen Jahr nicht nur in ganz Deutschland, sondern in allen Ländern, welche uns Früchte zuführen, eine **Misernte** war. Bis zum vorigen Jahr war das Brot trotz Zoll billiger als jemals, erst nach Eintritt der **Misernte** erfolgte die Preiserhöhung.

Die bedeutende Erhöhung der **Steinkohlenpreise** wird von dem Flugblatt ebenfalls der Regierung in die Schuhe geschoben, während es die Sozialdemokraten und ihre Gesinnungsgenossen sind, die so lange an den Bergarbeitern gehegt haben, bis diese wiederholt ihre Arbeit einstellten, ihren Lohn und in Folge dessen die Kohlenpreise unverhältnismäßig steigerten.

Mit Millionen und Milliarden Ausgaben will dem Volke fange gemacht werden, Summen werden angeführt, welche bei einem 47 Millionen Einwohner zählenden Reich eine ganz natürliche Erklärung finden. Mit solchen Mitteln will man die Arbeiter bethören, damit sie in die von Demokraten gelegten Garne gehen. **In der Wirklichkeit wird durch ein derartiges Vorgehen nichts anderes erreicht, als eine Steigerung der Unzufriedenheit gegen die Besitzenden und allmählich ein offener Kampf gegen dieselben, es ist eine Vorarbeit für die Sozialdemokraten.**

Wäre die Probe nicht so teuer, man könnte einmal die Regierung den Demokraten und Sozialdemokraten überlassen, vielleicht könnten diese das Wetter machen, daß kein Mißwachs eintritt, die Bauern zwingen, daß sie ihre Frucht und ihr Vieh billiger abgeben, den Arbeitern ihre Löhne verringern, damit die Lebensbedürfnisse billiger geliefert werden.

Wie's bei demokratischer Regierung mit den Steuern werden wird, davon haben wir an Frankreich ein sprechendes Vorbild, dort wo die Republikaner regieren, sind die Steuern dreimal so hoch als in Württemberg.

Wie die volksparteilichen Advokaten es mit dem Volke meinen, das zeigt die Abstimmung des Rechtsanwalts Bayer in Stuttgart in der Anwaltskammer, wo er verlangt hat, **daß die Kaufbuchs- und Pfandrechtsachen, sowie das Teilungswesen den Gemeinden abgenommen und an die Gerichte übergeben werde.** Das wäre schlimm für das Volk, das sich einstimmig dagegen ausgesprochen hat. Diese Maßregel würde eine weitere Verfeuerung und Erschwerung der Rechtsgeschäfte mit sich bringen.

Wähler, wohin steuern wir, wenn wir Demokraten, Sozialdemokraten und Rechtsanwälte dieser Gesinnung, zu welcher namentlich auch der von den Demokraten zum Reichstagsabgeordneten empfohlene **Rechtsanwalt Schidler** gehört, wählen?

Besinnt Euch!

und wählet geschlossen für den Mann, der für unser Aller Wohl eintritt, für den nationalgesinnten

Landgerichtsrat Frhrn. W. v. Gültlingen.

[Eingekendet.] Die „Württ. Krieger-Zeitung“ berichtet in Nr. 7 über die Bundes-Ausschussitzung vom 2. Februar d. J. und erwähnt hiebei zum Schluß eine Aeußerung des Herrn Ehrenpräsidenten des Kriegerbundes, die folgendermaßen lautet:

„Ich halte es für meine Pflicht, bei jedem Zusammensein mit Kameraden diese darauf hinzuweisen, daß sie beim Eintritt in die Krieger-Vereine die bestimimte Verpflichtung übernommen haben, die Liebe zu Kaiser und Reich, zu Fürst und Vaterland zu pflegen und das Nationalbewußtsein zu erhalten und zu stärken. Wer diese Verpflichtung nicht erfüllt und diese Gesinnungen nicht hegt, der bricht sein beim Eintritt in den Verein gegebenes Versprechen und sollte besser aus unsern Reihen ausscheiden.“

Neuenbürg. Gestern Sonntag den 16. Februar im Laufe des Nachmittags besuchte eine Anzahl Herren des v. Gültlingen'schen Wahlkomite's aus Neuenbürg die Orte Schwann, Conweiler, Feldrennach, Ottenhausen, wo vor teilweise sehr zahlreicher Versammlung die Bestrebungen und Ziele der nationalen Partei entwickelt und die Schlagworte der Volkspartei und der Sozialdemokraten einer scharfen Kritik unterzogen wurden. Einzelne wichtige Fragen, wie die der Kornzölle und der Krankenversicherung wurden eingehend und unter reger Teilnahme der Anwesenden an der Debatte besprochen.

+ Calmbach. Am Sonntag den 16. d. Mts. fand von abends 4 Uhr an im Gasthof zur Sonne hier eine sehr stark besuchte Wählerversammlung für unsern

seitherigen Reichstagsabgeordneten Landgerichtsrat Frhrn. W. v. Gültlingen statt. Herr Fabrikverwalter Loos von Neuenbürg, begleitet von mehreren nationalgesinnten Freunden aus der Oberamtsstadt, hatte an Stelle des erkrankten Kandidaten das Referat übernommen und hat in langer, klarer, populärer und sehr eingehender Weise das Programm der Nationalgesinnten besprochen und erklärt und dabei nicht versäumt, in zarter Weise die gefährlichen Umtriebe und böswilligen Schmähungen der Volksparteiler und Sozialdemokraten klar zu kennzeichnen. In der darauf folgenden lebhaften Debatte haben sich zur allgemeinen Freude Bürger und Arbeiter von hier beteiligt und durch Frage und Antwort, namentlich über das Unfall- und Invalidengesetz zur Aufklärung manches Mißverständnisses und Richtigstellung mancher Gegenansicht geführt. Die weiterfolgenden Ansprachen des Herrn Schultheißen Häberlen, welcher seine Bürger in wohlwollender, eindringlicher Weise ermahnte, treu zu Kaiser und Reich zu halten und sich durch keine böswilligen Wählereien aufheben zu lassen, des Herrn Oberamtswundarztes Süßkind, der die Zuhörer zu lebhaften Wahlumtrieben und zahlreicher Abstimmung auf 20. d. Mts. ermunterte und des Herrn Kaufmann Decker von hier, der durch einen kurzen Rückblick auf die frühere Geschichte Deutschlands und durch eine praktische Umschau auf politischem und industriellem Gebiet durch zündende Worte an alle Wohlthaten erinnerte, die wir einem einigen, starken deutschen Reich, seinen Gründern, Förderern und Erhaltern zu verdanken haben, fanden großen Anklang bei den Versammelten.

Man fühlte, daß die Stimmung für unsern nationalgesinnten Reichstags-Kandidaten eine warme und günstige ist! Hoffen wir, daß auch die Calmbacher Wähler am 20. d. M. eine patriotische Pflicht erfüllen und ihre Stimme überzeugungstreu und unwandelbar auf Landgerichtsrat Frhrn. v. Gültlingen vereinigen und dem Bezirk zur Ehre zu einem glänzenden Sieg verhelfen!

Neuenbürg, 18. Febr. Der entscheidende Tag der Reichstagswahlen ist allgemach nahe herangerückt u. dementsprechend dürfte auch die Wahlbewegung ihren Gipfelpunkt erreicht haben. Die Wähler sehen sich von allen Seiten mit politischen Artikeln, Wahlflugblättern, Aufrufen für die verschiedenen Kandidaten und Einladungen zu Versammlungen überschüttet. Aber dieses ganze bewegte Wahlreiben ist doch nur auf diejenigen berechnet, welche in ihren politischen Anschauungen und Meinungen unentschieden hin und her schwanken. Für den **überzeugungstreuen** Mann kann es aber längst keinen Zweifel mehr geben, auf welche Seite er am **20. Februar** gehört und wenn er sein Vaterland liebt, so wird er mit der Parole: **„Alzeit für Kaiser und Reich!“** an die bedeutungsvolle Wahlurne treten.

Unbedingt notwendig gegenüber der gegnerischen Agitation ist aber noch der weitere Punkt, daß nämlich **Niemand aus Gleichgiltigkeit** oder irgend einer **persönlichen Voreingenommenheit der Wahl sich enthalte.** Bei der heutigen Spannung der Gegensätze bedeutet Gleichgiltigkeit — Niederlage!



Eingefendet zur Reichstagswahl.

Denkt zurück!

Man vergißt schnell in unserer raschlebigen Zeit. Das ist in mancher Beziehung freilich recht gut, aber andererseits giebt es auch Dinge, die man nicht vergessen sollte. Dazu gehören auch die Vorgänge, die wir in folgendem betrachten wollen und die wir unsern Lesern jetzt besonders deshalb ins Gedächtnis zu rufen für nützlich halten, weil die volksparteilichen Blätter nachgerade den Mund etwas gar zu voll nehmen. Wir wollen dabei unsern Lesern keine langatmigen Auseinandersetzungen vorführen, wir wollen einfach die Thatsachen reden lassen; sie sprechen deutlich genug. Wir halten uns dabei an die „Politische Geschichte der Gegenwart“ von Wih. Müller. Es heißt dort in dem das Jahr 1870 behandelnden Bande:

„Das württembergische Ministerium hatte sich die Demokratie über den Kopf wachsen lassen und stand zu Anfang und in der Mitte des Jahres vor einem ungewissen Etwas, das einer stattdessen Auflösung nicht so ganz unähnlich war. . . Die demokratische Partei, welche in dem „Beobachter“ ihr Organ und in dessen Redakteur Mayer ihren Führer hatte, suchte sich für den Mangel an parlamentarischer Thätigkeit durch vermehrte Agitation der Landes- und Bezirksversammlungen schadlos zu halten. Die Landesversammlung der württemb. Volkspartei, welche am 6. Januar in Stuttgart tagte, beschloß einen Adressensturm an die Kammer gegen das am 16. Januar 1868 angenommene Kriegsdienstgesetz in Scene zu setzen. Die Emigranten wanderten in den darauffolgenden Wochen durch das ganze Land, hielten in Städten und Dörfern Volksversammlungen, donnerten aufs neue gegen Cäsarismus und Militarismus, schilderten den Leuten die Lasten des Kriegsdienstgesetzes in den schwärzesten Farben, ohne eine einzige Lichtfarbe daran zu entdecken und stellten ihnen Herabsetzung der Steuern als angenehme Folge der Herabsetzung des Kontingents und der Präsenz vor. Es wurde sofort von Haus zu Haus geschickt, Unterschriften wurden gesammelt, und nach wenigen Wochen konnte der „Beobachter“ mit gesperrter Schrift verkünden, daß 150 000 freie Schwaben dem preussischen Soldatenwesen den Krieg ankündigten und die Adresse gegen das Kriegsdienstgesetz unterschrieben hätten. . . . Mancher ehrenhafte und gebildete Württemberger sagte es offen, er schämte sich, ein Württemberger zu sein. . . .“

Die Kammer wurde auf den 8. März einberufen. . . . In der Sitzung vom 11. März wurde der parlamentarische Feldzug gegen das Kriegsdienstgesetz eröffnet. 45 Abgeordnete stellten den Antrag: „Die Kammer wolle 1) der Staatsregierung erklären, daß sie in den militärischen Einrichtungen solche Aenderungen geboten finde, welche die größten volkswirtschaftlichen und finanziellen Nachteile des bestehenden Systems erheblich, insbesondere durch Herabsetzung der Präsenz zu mildern geeignet sind, und daß sie die Ausgaben für Zwecke der militärischen Einübung nicht in der bisherigen Höhe zu verwilligen vermag; 2) demgemäß die Regierung bitten, nach im Laufe der Saison entsprechende Vorlagen einbringen zu wollen. . . . Am 20. März fanden sich etwa 400 Delegierte der Volkspartei von vielen Bezirken des Landes in Stuttgart ein und erklärten, daß sie den 45 Abgeordneten, welche die Mehrheit der Kammer bilden, für ihren Antrag vom 11. März den Dank des Volkes aussprechen, daß sie das übereinstimmende und gleichzeitige Vorgehen der bayrischen Nachbarn gegen die von Preußen aufgedrängte Militärdauer mit Freuden begrüßten und zu demselben Thun das ganze deutsche Volk im Süden, wie in Oesterreich und im Nordbund ermahnen, um so vereint den Staaten Europas ein Beispiel der Freiheit und eine Bürgschaft des Friedens zu geben. Zugleich wurde an jeden der 70 Landtagsabgeordneten eine Deputation gesandt, welche denselben die Adresse des Volkes gegen das Kriegsdienstgesetz, mit der Zahl der Unterschriften versehen überreichen sollte.“

Diese Bewegung, welche die Führer der Volkspartei ins Leben gerufen hatten, hatte bekanntlich die Abdankung des Ministeriums zur Folge, doch führte sie keineswegs zu dem von

Karl Mayer und seinen Schildknappen ersehnten Ziele, vielmehr wurde an Stelle des den Demokraten so mißliebigen Freiherrn v. Wagner zum Kriegsminister der Generalmajor v. Sadow ernannt, der durch seine gegen den Aeolay-Schwindel gerichtete Flugschrift: „Wo Süddeutschland Schutz für sein Dasein findet“ in den nationalen Kreisen aufs beste bekannt und von den Preußenfrevern aufs gründlichste gehaßt war. Was aber eingetreten wäre, wenn „das ganze deutsche Volk im Süden wie im Nordbund“ auf die Phantastereien der Volkspartei eingegangen wäre, weiß man jetzt. Am 19. Juli desselben Jahres, genau vier Monate nach der Dankerklärung der 400 erfolgte die Kriegserklärung, und Süddeutschland wäre, wenn die demokratischen Pläne verwirklicht worden wären, wehrlos dem Einbruch der Franzosen preisgegeben gewesen. Gottlob kam es nicht dazu und vor der Begeisterung, die nun lächerlich emporschlug, verwehte die Milzschwärmerei und der Kantonssturm wie Spreu, die volksparteilichen Führer waren wenigstens so geschickt, sich nun zu ducken und zu schweigen. Das befreit die Partei aber nicht vor dem Vorwurf, durch ihr unkluges Gebahren die Geschäfte Frankreichs, unseres Erbfeindes, besorgt zu haben und, soweit es an ihr lag, alles für den Ruin Deutschlands gethan zu haben.

Nicht anders sagte denn auch die französische Regierung die Sache auf. Sie schloß aus dem wüsten Treiben, daß sie im Falle eines Krieges mit Deutschland Württemberg, wo die Volkspartei das große Wort führte, für sich haben könnte. Das geht sonnenklar aus einem interessanten französischen Aktenstück hervor, welches von Paris aus der französischen Gesandtschaft in Stuttgart zugestellt wurde. Die „Nationalzeitung“ veröffentlicht dasselbe in ihrer Nummer vom 11. Juli 1870. Es waren 41 Fragen, welche der Gesandte dem wissbegierigen Kabinett zu beantworten gehabt hat. Dieselben betrafen hauptsächlich die Angabe der Namen der hervorragenden Männer in Württemberg, das dortige Parteiwesen, die Presse, die politische Stimmung, die Handelsinteressen. Am Schluß wurde gefragt, ob die württembergische Regierung das mit Preußen abgeschlossene Schuß- und Trutzbündnis bedaure, ob sie im Kriegsfall mit Preußen gehe, ob Frankreich im Falle eines Krieges Bundesgenossen im Süden finden würde; wie der Geist der württembergischen Regierung ihre Armee immer mehr zu verpreußen suche, ob die Regierung den Eintritt in den Nordbund wünsche; welches die politischen Ansichten und Tendenzen der hauptsächlichsten Mitglieder des Kabinetts seien; ob Württemberg von Rußland unterstützt werde, ob die gegenwärtige Lage (d. h. die Herrschaft der Demokraten im Lande) von Dauer sein und welche Vermutungen man für die Zukunft anstellen könne. Der Schwerpunkt des Aktenstückes lag in der Frage nach der Wehrfähigkeit des Landes und nach der Möglichkeit, daß dieselbe, durch eine Allianz Süddeutschlands mit Frankreich, letzterem zu gute komme.

Es ist selbstverständlich, daß die Volkspartei bei ihrem damaligen Treiben nicht die bewußte Absicht hatte, für Frankreich zu arbeiten, sie wollte nur gegen Preußen arbeiten um jeden Preis, und sah in ihrer Verblendung nicht, daß die Wandver, welche sie zu dem Ende unternahm, ihrer eigenen Heimat am meisten Schaden mächten. Denn von der französischen Grenze nach Berlin ist ein weiter Weg, von Straßburg nach Stuttgart ein verhältnismäßig recht kurzer. Es kommt aber bei solchen Fragen nicht auf die Absicht an, sondern auf die Wirkung, die erzielt wird. Wenn ein Haus niederbrennt, so fragt der Besitzer wenig danach, ob die Dummheit eines Kindes oder die Bosheit eines Diensthöten das Feuer angelegt hat, denn in einem wie im andern Falle hat er sein Hab und Gut verloren. Am wie viel mehr ist das der Fall, wo es sich nicht um ein Haus, sondern um ein ganzes Land handelt. Es ist gewiß nicht das Verdienst der Volkspartei, daß die böse Wirkung ihrer Agitation nicht eintrat. Um so weniger haben wir Grund, ihr damaliges Verhalten zu vergessen und besonders bei der jetzigen Wahlbewegung wird man gut thun, sich gründlich daran zu erinnern.

(Aus der Schwarzw. Bürgerzeitung.)

Kronik.

Deutschland.

Die Ansprache des Kaisers an den Staatsrat. Mit der Ansprache, durch die der Kaiser den Staatsrat eröffnet hat, ist ein neuer wichtiger Schritt gethan zur Verwirklichung der hochherzigen Initiative des Monarchen zur Besserung der Lage der Arbeiter. In klarer Weise wird dem Staatsrat die Aufgabe eines Gutachtens für die Aufstellung der Gesetzesentwürfe zugewiesen, über die den parlamentarischen Körperschaften dann die Beschlussfassung zusteht. Die internationale Verständigung, welche Aufgabe der Diplomatie ist, wird begreiflicherweise nur kurz berührt.

Berlin, 18. Febr. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erfährt, das verbrecherische Treiben von gewissenlosen Auswanderungs-Agenten, welche die Landbewohner in Pommern beschwindeln und zur Auswanderung nach Brasilien bereden, gelangte zur Kenntnis des Kaisers, welcher befohlen hat, der Ausbeutung der Landbewohner durch amtliche Warnungen in den Kreisblättern entgegenzutreten.

Württemberg.

Mühlacker, 14. Febr. Der Bau des zweiten Geleises auf der bisher einspurigen Bahnstrecke Mühlacker-Bretten ist so weit vorangeschritten, daß vom 15. d. M. ab der zweispurige Betrieb zunächst auf der Teilstrecke Mühlacker-Maulbronn stattfinden kann. Auf der Strecke Maulbronn-Bretten wird mit dem Beginn der Schienen demnächst begonnen. Für das ganze zweite Geleise kommt die Haarmann'sche Schwellenschiene zur Anwendung.

Calmbach. Das Preisgericht der Jubiläums-Schulausstellung 1889 hat folgenden Schülern der gewerblichen Fortbildungsschule Calmbach: 1) Philipp Schmidt, Schlosser für gute Leistungen im technischen Zeichnen, 2) Friedrich Barth, Kaufmann und 3) Adolf Proß, Mechaniker für gute Leistungen im geometrischen Zeichnen je eine öffentliche Belobung zuerkannt.

Ausland.

Fiume, 18. Febr. Graf Julius Andrássy ist heute nacht um 3 Uhr in Bolosca gestorben. Oesterreich-Ungarn betrauert in Andrássy seinen ersten Staatsmann, einen anerkannten Patrioten, einen Edelmann von hoher Gesinnung; Deutschland beklagt den Verlust des Begründers und überzeugtesten Anhängers der deutsch-österreichischen Allianz.

New-York, 18. Febr. Aus Rio traf heute ein Dampfer mit 51 Personen ein, größtenteils Deutschen, welche nach Brasilien ausgewandert waren, aber enttäuscht zurückkehrten.

Frankfurter Course vom 18. Februar 1890

Table with 2 columns: Geldsorten and M S. Rows include 20-Frankenstücke, Englische Sovereigns, Rus. Imperiales, Dukaten, and Dollars in Gold.

Für die Redaktion verantwortlich: Chrn. Neeh; Druck und Verlag von Jaf. Neeh in Neuenbürg.

